

SPD-Kreisverband Kiel

ordentlicher Kreisparteitag 25. Februar 2017, Legienhof

Antragsteller: Kreisvorstand Kiel

TOP 11

Der ordentliche Kreisparteitag möge beschließen:

1 **Antrag: Wohnen in Kiel - Bezahlbar und gut!**

2
3 Die Schaffung bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraums ist die zentrale
4 kommunalpolitische Herausforderung der nächsten Jahre. Die Förderung des
5 Wohnungsbaus – insbesondere des sozialen Wohnungsbaus, des genossenschaftlichen
6 Wohnungsbaus und generell im unteren und mittleren Preissegment – ist ein Schwerpunkt
7 sozialdemokratischer Politik in Kiel. Es müssen alle Möglichkeiten für die wachsende Stadt
8 ausgelotet werden, um in kurzer Zeit möglichst viele Wohneinheiten in Kiel zu schaffen. Nur
9 durch zusätzliche Anstrengungen kann es gelingen, dem Bedarf gerecht zu werden.

10 Die Aktivitäten der SPD-Ratsfraktion und des Oberbürgermeisters (z.B. Masterplan Wohnen
11 und Ausweisung von Bauflächen in einem Wohnbauflächenatlas) waren Initialzündungen für
12 gemeinsame Anstrengungen der Wohnungswirtschaft und der Stadt. Bezahlbarer Wohnraum
13 für alle bleibt die wichtigste Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt. Die
14 SPD in Kiel ist sich bewusst, dass nur das gemeinsame und abgestimmte Handeln aller
15 Akteure am Wohnungsmarkt – Wohnungsunternehmen, private Eigentümerinnen und
16 Eigentümer und der Kieler Mieterverein gemein- sam mit der Stadt – die notwendige
17 Kraftanstrengung ermöglichen kann.

18 Um schnell voranzukommen, sind folgende weitere Maßnahmen erforderlich:

19 1. Wir fordern, Eigentümer von Mehrfamilienhäusern zu unterstützen, durch einen
20 intensiven Dachgeschossausbau kurzfristig bis zu 1000 Wohnungen zu schaffen. Die
21 SPD-Ratsfraktion wird gebeten, bürokratische Hemmnisse zu identifizieren und zu
22 beseitigen. Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung aufgefordert, untergenutzte
23 Grundstücke und schlecht verwaltete Häuser zu identifizieren und mit den
24 Möglichkeiten des Baurechts (z.B. Baugebote) Verbesserungen zu erreichen.

25 2. Die Landeshauptstadt Kiel muss wieder in die Lage versetzt werden, eigene
26 Wohnungsbauaktivitäten in Kiel zu realisieren. Die Ratsfraktion wird gebeten, die
27 Voraussetzungen für die Gründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft zu
28 schaffen. Neben dem Neubau und Erwerb von Immobilien soll es im Einzelfall auch

- 29 möglich sein, sogenannte „Schrottimmobilien“ zu übernehmen und einen
30 angemessenen Wohnstandard wieder herzustellen.
- 31 3. Die SPD-Ratsfraktion wird gebeten zu prüfen, ob kommunal gesetzte Baustandards
32 für einen begrenzten Zeitraum ausgesetzt oder flexibler gehandhabt werden können,
33 um die Baukosten insbesondere im sozialen Wohnungsbau zu senken.
- 34 4. Die von Bundesbauministerin Barbara Hendricks auf den Weg gebrachte Novelle des
35 Bau- rechts schafft neue Instrumente in der Stadtentwicklung. Herzstück der Reform
36 ist die neue Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“, die neue Spielräume für den
37 Wohnungsbau erschließen soll. Kreisvorstand, Kreisausschuss und Ratsfraktion
38 werden gebeten, diese Möglichkeiten für Kiel auszuwerten und Vorschläge für eine
39 zügige Umsetzung zu entwickeln. Die Kieler SPD Landtagsabgeordneten werden
40 gebeten, sich nach Hamburger Vorbild gegen die Vernachlässigung und
41 Zweckentfremdung von Wohnraum und für ein Gesetz über den Schutz und die
42 Erhaltung von Wohnraum einzusetzen.
- 43 5. Für einige Areale dieser Stadt werden Projektplanungen für den Wohnungsbau
44 vorangetrieben, die dazu beitragen werden, weitere Wohnbauvorhaben zu realisieren.
45 Auf dem ehemaligen MFG 5-Gelände, auf dem Gebiet der so genannten „Krim“, an der
46 Hörn, in Alt-Ellerbek, auf dem Postfuhrhofgelände, am Standort der alten Muthesius
47 Kunsthochschule und auf dem Gelände des geplanten olympischen Dorfes aus der
48 Kieler Olympiabewerbung entstehen konkrete Vorstellungen für eine Bebauung. Die
49 darüber hinaus im Wohnbauflächenatlas aufgelisteten Bauflächen, die zügig vermarktet
50 und bebaut werden müssen, reichen nach heutiger Kenntnis allein noch nicht aus, um
51 dem prognostizierten Wachstum der Stadt in den nächsten 20 Jahren gerecht zu
52 werden. Daher wird es notwendig sein, weitere Flächen kurz- und mittelfristig zu
53 identifizieren. Die Potentialprüfung bzw. die Einschätzung zur optimalen Ausnutzung
54 des Baupotentials folgender Flächen muss daher kurzfristig erfolgen: Suchsdorf
55 (westlich Suchsdorf an der Au), Holtenau (südlich des Flugplatzes) und Neu-
56 Meimersdorf.
- 57 6. Gemeinsam mit den Kieler Kleingärtnern muss geprüft werden, ob in untergenutzten
58 Klein- gartengebieten einzelne Flächen freigegeben werden können, um im Anschluss
59 an bestehende Wohngebiete weiteren Wohnraum zu schaffen.
- 60 7. Bei allen Wohnbauvorhaben ist eine Balance zwischen der Schaffung von
61 preisgünstigem Wohnraum, sozialer Quartiersentwicklung, Nachhaltigkeit und
62 städtebaulicher Qualität anzustreben.

63 8. Junge Menschen haben es am Wohnungsmarkt besonders schwer. In der Regel
64 verfügen sie über wenig finanzielle Mittel. Nicht selten bleiben sie nur während der
65 Ausbildung an einem Ort und müssen danach wieder umziehen. Insbesondere in den
66 Hochschulstädten ist die Situation angespannt. Gleichzeitig haben Auszubildende
67 Schwierigkeiten bei der Suche nach bezahlbaren Wohnungen. Aus diesem Grund
68 sollen sich die Kieler Landtagsabgeordneten dafür einsetzen, dass ausreichend
69 Wohnmöglichkeiten wie zum Beispiel Wohnheime für junge Menschen entstehen